

## Sicherstellung der Pflegequalität

### Strikte Personaluntergrenzen in der Intensivpflege gefordert

» Die Deutsche Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (DGIIN) begrüßt grund-

sätzlich die angekündigten Pflegepersonaluntergrenzen in der Intensivmedizin, ausreichende Standards seien damit aber nicht gesetzt. Die Neuerungen, die das Bundesministerium für Gesundheit zum 1. Januar 2019 einführen will, sehen vor, dass für den Bereich der Intensivstationen ein Betreuungsschlüssel von einem Pflegenden für durchschnittlich 2,5 Patienten am Tag festgelegt wird, für die Nacht gilt ein Verhältnis von 1:3,5. „Wir sehen hier die Gefahr, dass dieses Verhältnis als allgemeiner Betreuungsschlüssel und nicht als Mindestvorgabe missbraucht wird“, erklärte Professor Reimer Riessen, ehemaliger Präsident der DGIIN. Dieser Schlüssel sei für die Be-

treuung schwerkranker Patienten aus qualitativer Sicht nicht angemessen.

Darüber hinaus sind nach Meinung der DGIIN weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen notwendig, um dem Personalmangel zu begegnen. Fehlendes Personal und Bettensperren könnten zur verzögerten Aufnahme von kritisch kranken Patienten führen. Auf rund drei Viertel der Intensivstationen müssen vermehrt Betten gesperrt werden, in 22% der Fälle sogar täglich. „Es muss dringend eine echte Entlastung der Pflegenden erreicht werden, um der Personalkrise entgegenzuwirken“, forderte Professor Christian Karagiannidis, künftiger Präsident der DGIIN. (bar)



© Tyler Olson / stock.adobe.com (Symbolbild mit Fotomodellen)

## Unterstützung für Pflegeeinrichtungen

### Neues Projekt für bessere Arbeitsbedingungen

» Der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung Andreas Westerfellhaus gab Mitte Oktober den Startschuss für das „Projekt zur Umsetzung guter Arbeitsbedingungen in der Pflege“. Konkret sollen für das neue Projekt ein Instrumentenkoffer und ein Schulungsmodell entwickelt werden, mit denen kleine und mittelständische Pflegeeinrichtungen darin unterstützt werden, bewährte Instrumente für gute Arbeitsbedingungen bei sich zu implementieren.

„Die Zukunft der Pflege steht und fällt mit den Arbeitsbedingungen“ erklärte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) bei der Auftakt-Veranstaltung. Gute Arbeitsbedingungen seien das A und O, damit Pflegekräfte gern in ihrem Beruf bleiben und sich mehr junge Menschen für diesen Beruf entscheiden. „Dazu gehören verlässliche Dienstpläne, ausreichend Kollegen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, betriebliche Gesundheitsförderung, mehr Wertschätzung und eine angemessene Bezahlung“, so Spahn weiter. (fuh)

## Kosten für bessere Pflege ausgleichen

### Anhebung des Pflegebeitrags soll der Pflege zu Gute kommen

» Der Beitragssatz der Pflegeversicherung wird ab 1. Januar 2019 um 0,5% steigen. Das hat beschloss das Bundeskabinett am 10. Oktober. 7,6 Milliarden Euro Mehreinnahmen erwartet Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und verspricht Beitragsstabilität bis 2022. Zum Jahresanfang erhöht sich der Beitragssatz zur Pflegeversicherung auf 3,05%, für Kinderlose auf 3,3%. „Bessere Pflege kostet“, begründete Spahn den Beitragsanstieg. So ha-

be man in der vergangenen Legislatur die Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen deutlich ausgebaut. Dies werde stärker angenommen als ursprünglich gedacht. Nun wolle man die Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte verbessern.

Mit der Beitragserhöhung will die Regierungskoalition unter anderem die entstandenen Defizite in der Pflegeversicherung auffangen. Darüber hinaus werden im kommenden Jahr die Maßnahmen des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes ausgabenwirksam.

Der Deutsche Pflegeerrat (DPR) begrüßte die Beitragssteigerung: Perspektivisch müsse die soziale Pflegeversicherung jedoch breiter aufgestellt werden. Die Deckung des wachsenden Bedarfs an Pflege- und Betreuungsleistungen dürfe nicht weiter vorwiegend zu Lasten der Finanzen der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen gehen. (ne)



© Cecillie\_Arcurs/Getty Images / iStock (Symbolbild mit Fotomodellen)

Bessere Arbeitsbedingungen sollen dabei helfen, dass Pflegende in ihrem Beruf bleiben.